

Bericht des Referenten für Bildungspolitik zur 2. ordentlichen Sitzung der Universitätsvertretung am 4.2.2021

Neben den alltäglichen Aufgaben zu studienrechtlicher Beratung hat sich die Arbeit des Referats seit der vorherigen Sitzung vor allem mit den Novellen von Universitätsgesetz und Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz und ergänzender Medienarbeit beschäftigt. Mitglieder haben mit anderen Personen auf der HTU auch an der Demonstration von Bildungsbrennt teilgenommen, wo Einsatz für einen freien Zugang zu postsekundärer Bildung gezeigt wurde. Das Referat betrachtet den allgemeinen Zugang zur Hochschulbildung als absolut notwendig für eine aufgeklärte Gesellschaft und setzt sich gegen jedwede Einschränkungen gegen diesen Anspruch ein. Dies gilt auch für erschwerte Bedingungen im Studienablauf, wie es die vorgeschlagene Mindeststudienleistung darstellt. Diverse Sitzungen mit anderen Referaten (z.B. InterRef, UG-Austausch mit Fem-, queer- und Pressereferat) sowie natürlich dem Vorsitz komplettieren das Bild.

Stellungnahmen: Mit leichter Unterstützung durch das Referat haben auch mehrere Studienvertretungen Stellungnahmen zur UG-Novelle eingereicht, wofür ich mich ausdrücklich bedanken möchte. In Summe sind sie wertvoller Input unter fast 600 weiteren Meinungsäußerungen auf der Parlamentswebsite.

In nächster Zeit wird im Rahmen des Fördertopfs für Studienverzögerungen eine Sitzung mit Vorsitz und Sozialreferat stattfinden, um die Gelder an Studierende zu verteilen, die COVID-bedingt Verzögerungen erlitten haben. Eine genauere Aufstellung der Vorhaben für das Sommersemester wird im Rahmen der dortigen UV-Sitzungen präsentiert.